

Fraktion DIE LINKE. im  
Sächsischen Landtag  
**#sogehsolidarisch** Ende  
Januar 2022

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag



Vor 77 Jahren befreite die Rote Armee das Vernichtungslager Auschwitz. Kein Vergessen! Nie wieder Faschismus!

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

am 27. Januar habe ich mich wirklich geärgert. Das lag freilich nicht daran, dass der Jahrestag der Auschwitz-Befreiung durch die Rote Armee mit zahllosen Gedenkveranstaltungen, [Wortmeldungen](#), Hashtags und nicht zuletzt dem bewegenden Zeitzeugnis der Shoah-Überlebenden Inge Auerbacher im Bundestag begleitet wurde. Das alles ist wichtig, um die Erinnerung wachzuhalten, und hilft, einer Wiederholung vorzubeugen. Bauchschmerzen bereitete mir vielmehr die große Aufmerksamkeit, die just an diesem Tag einem Rechtsaußen-Abgeordneten einer Rechtsaußen-Partei zuteilwurde, der eine der üblichen Provokationen inszeniert hatte. Es ist Teil des Problems, dass ich heute darüber schreibe.

Er erntete erwartungsgemäß breite Empörung, gar in Form einer gemeinsamen Presseerklärung der Koalitionsfraktionen, die recht selten vorkommen. Darüber dürften er

und seine Gesinnungsgenossen sich arg gefreut haben. Dabei war die Sache selbst keineswegs neu: Diese Leute überschreiten Grenzen. Wer sie deshalb – oder aus den vielen anderen denkbaren Gründen – nicht unterstützt, muss von der Verwerflichkeit ihres Handelns nicht mehr überzeugt werden. Wer sie trotz alledem unterstützt, dürfte sich von der Empörung der Demokratinnen und Demokraten bestärkt fühlen.

Das alles ist eine Gratwanderung und man kann das anders sehen, ich weiß, doch schon das Nachdenken darüber ist ein Gewinn. Mein Plädoyer: Lassen wir uns nicht die Agenda von denjenigen diktieren, die unsere Demokratie zersetzen wollen. Anderes verdient unsere Aufmerksamkeit – der Kampf gegen Menschenfeindlichkeit an erster Stelle und vieles dazu, so auch in diesem Monat.

Herzliche Grüße

Kevin Reißig, *Pressesprecher*

P.S.: Empfehlen Sie uns gerne weiter! [www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter](http://www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter)

---

## Inhaltsverzeichnis

---

1. Pflege darf für niemanden ein Armutsrisiko sein
2. Windenergie-Misere beheben – sonst fehlt nicht nur grüner Wasserstoff
3. Lernrückstände untersuchen und ausgleichen
4. Keine Versetzungs-Hürden aufrichten!
5. Impfpflicht aussetzen, falls die Versorgung gefährdet werden sollte
6. Strukturwandel-Neustart oder personeller Neustart!
7. Kommunalrechtsnovelle: Beteiligung kaum erleichtert, Wahlalter 16 abgelehnt
8. Juwelenklau: Wer übernimmt politische Verantwortung?
9. Solidarität mit der „luhze“
10. Nach Delegationsreise in Polen: Menschenrechte einhalten!
11. Auch das gibt's

---

Pflege darf für niemanden ein Armutsrisiko sein

---



Der neue [Pflegerreport der Barmer](#) ist ein Warnruf – der Pflegebedarf wächst in Sachsen rasant. Die menschenwürdige Pflege aller älteren oder beeinträchtigten Menschen ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. [Wir müssen die Bedingungen für Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und das Pflegepersonal verbessern.](#) 1.869 Euro Eigenanteil im Monat für einen stationären Pflegeplatz sind

ebenso wenig hinnehmbar wie schlechte Gehälter oder das Armutsrisiko, das entsteht, wenn Menschen zugunsten der Pflege Angehöriger ihren Job aufgeben.

---

## Windenergie-Misere beheben – sonst fehlt nicht nur grüner Wasserstoff

---



Nach monatelangem Streit hat das sächsische Kabinett eine Wasserstoffstrategie verabschiedet – allerdings ohne konkrete Fördervorhaben. [Konkret ist allerdings der neue 1.000 Meter Mindestabstand für Windenergielagen zur Wohnbebauung.](#) Bisher gab es keine solche Sperre – mithin handelt es sich

nicht um eine Lockerung der bisherigen Regeln, [sondern um eine Hürde.](#) Damit ist notwendige Ausbau nicht zu schaffen, was auch dazu führen dürfte, dass es weiter an grünem Wasserstoff mangelt. [Wir haben Vorschläge, wie es schneller gehen kann.](#) Indes verhält sich auch die Landesverwaltung [nicht vorbildlich](#), wenn es um den Kampf gegen die Klimaerhitzung geht.

---

## Lernrückstände untersuchen und ausgleichen

---



### Die Linksfraktion fordert,

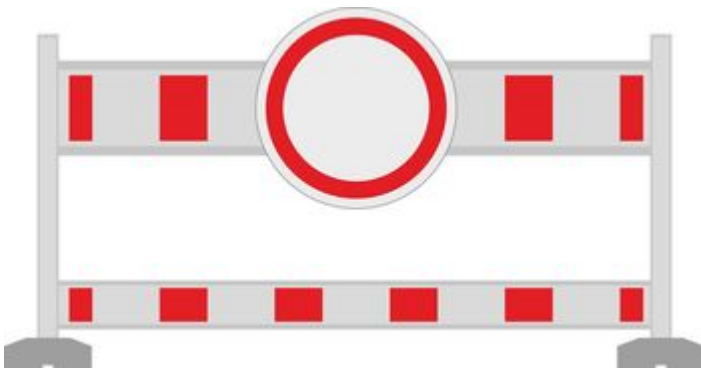
pandemiebedingte Lernlücken schnellstens zu erfassen und Abhilfe zu schaffen. In Sachsen fiel der Präsenzunterricht fast ein halbes Jahr lang aus – das hat Folgen für die soziale und psychische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen, aber auch für ihren Lernstand. Allerdings gibt es nach unserer Kenntnis bisher keine verlässlichen Daten oder gar

wissenschaftliche Erhebungen dazu. Diese sind allerdings unverzichtbar, wenn die Defizite kompensiert werden sollen.

---

## Keine Versetzungs-Hürden aufrichten!

---



In Sachsen ist derzeit zwar nicht die Schulpflicht ausgesetzt, wohl aber die Schulbesuchspflicht. Manche Eltern machen von der Möglichkeit Gebrauch, ihre Kinder nicht in die Schule zu schicken – wegen des Gesundheitsrisikos oder weil sie solidarisch mit anderen Familien sein wollen, die diese Chance nicht haben.

Laut Vorgabe aus dem Kultusministerium könnten die betroffenen Viertklässler nun trotz Gymnasialeignung nur eine Bildungsempfehlung für die Oberschule erhalten, auch wenn das Kultusministerium inzwischen individuelle Lösungen verspricht. Unsere Bildungspolitikerin Luise Neuhaus-Wartenberg erklärt ([hier auch zum Anhören](#)), was passieren muss.

---

## Impfpflicht aussetzen, falls die Versorgung gefährdet werden sollte

---



Seit Wochen gibt es Berichte, wonach zahlreiche Beschäftigte im Gesundheitswesen mit dem Inkrafttreten der einrichtungsbezogenen Impfpflicht gemäß [§20a Infektionsschutzgesetz](#) kündigen wollen. Niemand weiß heute sicher, wie viele Beschäftigte diesen großen Schritt tatsächlich gehen werden. Von Rechtsaußen platzierte Schwindel-Stellengesuche machten die Runde.

Eines ist aber sicher: Das sächsische Gesundheitssystem hat keine Personalreserven und die Arbeit jeder einzelnen Fachkraft verdient Anerkennung. [Deshalb müssen wir für den Fall vorsorgen, dass tatsächlich zahlreiche Beschäftigte ihren Job verlassen.](#)

---

## Strukturwandel-Neustart oder personeller Neustart!

---



Andreas Levers, flickr.com, CC BY-NC 2.0

[Inzwischen sind die Strukturwandel-Fördermittel für das Lausitzer Revier bis 2026 verplant.](#) Wie vorhergesagt sind die Kommunen und kommunalen Projektträger jetzt so weit, innovative Projekte vorzulegen – und gucken in die Röhre. [Die Mittelvergabe muss vorgezogen und das Fördermittelvergabeverfahren geändert werden!](#) Zudem ist eine [Strategie für](#)

[den Strukturwandel](#) nötig, die mit allen Mitgliedern des Regionalen Begleitausschusses auf Augenhöhe entwickelt wird. Staatsminister Schmidt schweigt nach dem [Kommunikationschaos](#) weiter. Wenn er zu einem [Neuanfang](#) nicht bereit ist, sollte er seinen Platz für fähigere Leute freimachen.

---

Kommunalrechtsnovelle: Beteiligung kaum erleichtert, Wahlalter 16 abgelehnt

---



Die Koalition will das Kommunalrecht modernisieren – sie bleibt aber auf halber Strecke stehen. Die Linksfraktion begleitet den Gesetzentwurf mit Änderungsanträgen, [die vor allem die Mitbestimmung der Bevölkerung und die Mitsprache kommunaler Beauftragter verbessern sollen](#).

Außerdem fordern wir weiter, das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre zu senken. Für zwei Drittel der

jungen Menschen in Deutschland gilt das längst, die Bundesregierung will Wählen ab 16 auch bei der Europawahl 2024 ermöglichen. Bleibt Sachsen stur, könnten die 16- und 17-Jährigen an diesem Tag dann zwar das EU-Parlament wählen, nicht aber ihren Gemeinderat.

---

## Juwelenklau: Wer übernimmt politische Verantwortung?

---



*Lupus in Saxonia, Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0*

Inzwischen stehen sechs Männer vor Gericht, denen der Diebstahl kostbarer Juwelen aus dem Grünen Gewölbe im Jahr 2019 vorgeworfen wird.

Linksfraktionschef Rico Gebhardt hat mit zahlreichen Landtagsanfragen versucht, die politische Aufarbeitung der Straftat voranzubringen ([hier gibt es eine Übersicht](#)). Die juristische Aufarbeitung des Falls darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass beim

Schutz des „Staatschatzes“ wohl schwere Fehler gemacht worden sind – offensichtlich hat das Finanzministerium mal wieder über alle vernünftigen Argumente obsiegt. Höchste Zeit, dass jemand Verantwortung übernimmt!

---

## Solidarität mit der „luhze“

---

#luhzeprozess

Leipzigs unabhängige Hochschulzeitung „luhze“ hatte über den [Verdacht fragwürdiger Entmietungspraktiken](#) zu lasten von Studierenden ([Stadtratsanfrage 1](#), [Stadtratsanfrage 2](#)) eines Leipziger Immobilienunternehmens berichtet – [und wurde von demselben dafür verklagt](#). Wenn eine Immobilienfirma den Mangel an bezahlbarem Wohnraum und die Not insbesondere Studierender ausnutzt, um maximalen Profit zu schlagen, [muss darüber berichtet werden dürfen!](#) Inzwischen [hat das Unternehmen seine Klage zurückgezogen](#).

---

## Nach Delegationsreise in Polen: Menschenrechte einhalten!

---



Mitte Januar reisten LINKEN-Abgeordnete aus EU-Parlament, Bundestag und Landtagen ins polnisch-belarussische Grenzgebiet. Seit August 2021 spitzt sich die Lage dort zu: Geflüchtete, die über Belarus in die Europäische Union gelangen wollen, sitzen im Wald ohne humanitäre und medizinische Hilfe fest. Viele von ihnen wurden und werden illegal von Polen nach Belarus zurückgewiesen und ihnen somit der Zugang zu einem fairen

Asylverfahren verwehrt. [Die Abgeordneten haben zahlreiche Gespräche geführt](#) – und ein [Forderungspapier](#) vorgelegt.

---

## Auch das gibt's

---

Sachsens CDU vergießt [Krokodilstränen](#) wegen der Energiepreis-Explosion. Sie warnt also vor den Folgen ihrer eigenen Politik. Wie putzig! CDU-geführte Regierungen haben dafür gesorgt, dass Energie für breite Bevölkerungsschichten zum Luxusgut geworden ist. Unter ihrer Verantwortung wurden der Strommarkt liberalisiert und die staatliche



Strompreisaufsicht abgeschafft. So konnten Discount-Stromhändler entstehen, deren Lieferweigerung nun hunderttausende Haushalte in die teure Grundversorgung zwingt. Wir haben im Landtag Vorschläge gemacht, um die Bevölkerung zu entlasten ([hier](#) oder auch [hier](#)).

## Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Telefon: 0351 4935800  
Fax: 0351 4935460  
[linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)

Folgen Sie uns auf Facebook  
Folgen Sie uns auf X  
Folgen Sie uns auf Instagram  
Folgen Sie uns auf Youtube  
Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich [hier](#) austragen:  
[Newsletter abbestellen](#)